

Solothurner Zeitung



Andrés Manuel López Obrador
Mexikos linker Präsident will
seine Amtsvorgänger
vor Gericht sehen. Ausland

00689
00005/7

Freitag, 17. September 2020

Solothurn | Nr. 216 | 114. Jahrgang | Fr. 3.50 solothurnerzeitung.ch

Verband der Freiberufler sieht nur Weg über Gericht

Der Co-Geschäftsstellenle-
itungsverbands der Pflegefach-
d-männer AG/SO lässt kein
r an der Art und Weise, wie
n mit den freiberuflich täti-
nden umgeht. Im Interview
Zeitung sagt Erik Grossen-
Jnser Verband teilt die Mei-
r freiberuflichen Mitglieder,
ihrelange Verweigerung des
auf Restkosten eine Unge-
heit ist. Der Rechtsweg ist da-
zig verbleibende Mittel, die
rdern.» Er nimmt dabei Be-
die jüngst eingereichte
weigerungsbeschwerde, die
cherungsgericht in der Sache
worden ist.
nbacher ist umso erstaunter
ass die Restkostenfrage im-
nicht gelöst ist, als es vor gut
ein Urteil des gleichen Ge-
das den Anspruch der Frei-
nen ebenso bejahte wie die
cht der Gemeinden. Er sagt
Nach dem Urteil des Versi-
richts gingen wir davon aus,
e Angelegenheit für sämtli-
ufflich Pflegende im Kanton
klären und sich der Kanton
lungen bereit erklären wür-
r aber nicht der Fall. Trotz
Ausgangslage wurden die
für den besagten Zeitraum
erweigert.»

s, obwohl das Sozialgesetz
2019 geändert wurde und
tenfinanzierung bei der am-
lege geregelt wurde - aber
e freiberuflich tätigen Pfler-
onen. Aus diesem Grund
h diese nun auf gerichtli-
für beschwerdefähige Rest-
gungen der Gemeinden
ich abgesicherte tarifliche
l. (bbr.) **Region**

Banker haben in der Milliarden gespart

Die Schweizerinnen und
aben in der Zeit des Lock-
ie acht Milliarden Franken
gelegt. Diese Zahl hat die
Credit Suisse im Rahmen
en Konjunkturanalyse be-
nd zwei Drittel der Erspar-
n gemäss der Analyse in
nach dem Lockdown wie-
ben werden. Dies ist ein
alb die Bank in der zweiten
mit einer kräftigen Erho-
weizer Wirtschaft rechnet.
istigen Folgeschäden der
twa auf das Produktions-
s Landes rechnet die Cre-
cht. (dz) **Wirtschaft**

Regionale Flugplätze kämpfen für CO₂-Flatrate

Klimagebühr von bis zu 5000 Franken: Flughäfen bangen um ihre Existenz.

Dominic Wirth

Die Schweizer Regionalflugplätze sind
derzeit in Alarmbereitschaft. Sie wei-
beln für die Einführung einer pauschalen
CO₂-Abgabe von 500 Franken pro
Businessjetflug. Und gegen die Pläne
des Nationalrats, der eine Gebühr von
bis zu 5000 Franken vorschlägt, abhän-
gig etwa vom Startgewicht und der Rei-
sedistanz des Flugzeugs.

Eine solche Gebühr, so der Verband
der Schweizer Flugplätze in einem
Schreiben an Mitglieder des Stände-
rats, wäre «unverhältnismässig und
nicht mehr zielführend». Er warnt da-

vor, dass Unternehmen ihre Flugzeug-
flotten ins grenznahe Ausland verlegen
könnten. Damit gingen auch Jobs ver-
loren. Flughäfen wie etwa Grenchen
drohten «Konkurrenz Nachteile» im
Vergleich mit ausländischen Flughäfen.
Eine pauschale Abgabe von 500 Fran-
ken bezeichnet der Verband aber als
«tragbar».

Eine Frage der Gerechtigkeit

Allerdings stehen die Chancen der ab-
gestuften Gebühr gut. Heute entschei-
det der Ständerat. Bisher hatte er auf
einer Flatrate von 500 Franken beharrt,

doch nun schlägt seine vorberatende
Kommission ebenfalls eine abgestufte
Gebühr vor - allerdings mit einem Ma-
ximalbetrag von noch 3000 statt 5000
Franken.

Zu den Gegnern einer Flatrate, wie
die regionalen Flugplätze sie wollen,
gehört Roger Nordmann. Der SP-Frak-
tionschef sagt, es sei eine «Frage der
Gerechtigkeit», dass die Businessjet-
abgabe abhängig von der Grösse und
der Reisedistanz sei. Es könne doch
nicht sein, dass auf einen Flug von Bern
nach Stuttgart die gleiche Gebühr an-
falle wie auf jenen von Zürich nach New
York. **Inland**

Kommentar

Denn wir wissen genau, was wir tun

Eigentlich konnte es gar keinen
anderen Entscheid geben als diesen:
Der Bund beteiligt sich im gesetzlich
möglichen Maximalumfang an der
Solothurner Stadtmist-Sanierung.
Damit werden alte Sünden auf eine
Art getilgt, die auch tatsächlich den
Namen Sanierung verdient. Denn was
das Bundesamt für Umwelt zuerst
vorschlug, war reine - aber teure - Au-
genwischerei: Die riesigen Deponie-
flächen wären über Jahre aufwendig
«belüftet» und so der Zersetzungspro-
zess im Untergrund etwas beschleunigt
worden. Doch die problemati-
schen Stoffe hätten über das Sicker-
wasser weiterhin den Weg in die Aare
und ins Grundwasser gefunden.

Da brauchte es schon die Hartnäckig-
keit einer verschworenen Gruppe von
Mitarbeitenden im kantonalen Bau-
departement und den vollen Einsatz
von Stadtpräsident Kurt Fluri, um die
Bundesstellen auf den richtigen Pfad
der Nachhaltigkeit zurückzuführen.

Beim Stadtmist, den unsere Vorfahren
gedankenlos verscharrt haben, wird
deutlich: Was der Mensch seiner
Umwelt zumutet, das wird irgendein-
mal zur Zumutung für den Menschen.
Dies zeigt sich - unter anderem - beim
Grundwasser, das wir mit Pestiziden
verseuchen. Niemand weiss heute,
wie all die Giftstoffe technisch und
wirtschaftlich vernünftig da wieder
rauszuholen sein werden. Das ver-
schmutzte Trinkwasser ist der «Mist»,
den wir Heutigen den kommenden
Generationen hinterlassen. Der
Unterschied zu unseren Vorfahren ist:
Wir wissen sehr genau, was wir tun.



Urs Mathys
urs.mathys@chmedia.ch

Kein Weihnachtsmarkt in der Stadt

Solothurn «Aufgrund der unklaren
weiteren Entwicklung der Coronavi-
rus-Pandemie sehen wir uns gezwun-
gen, den Chausemaret abzusagen»,
steht in der Medienmitteilung des OK
geschrieben. Auch der Soledurn Wieh-
nachtsmäret in der Vorstadt wird die-
sen Dezember nicht stattfinden. Der
Entscheid sei schwer gefallen, aber un-
ausweichlich gewesen. (jfr) **Region**

Totalsanierung für den Solothurner Stadtmist



Das Grün täuscht: Unter einer dünnen Humusdecke schlummert in Solothurns Westen
eine der grössten Abfalldeponien der Schweiz. Nach langem Verkneifen gibt der Bund -
zur Freude von Stadt und Kanton - nun aber grünes Licht und 48 Millionen Franken für
eine Totalsanierung, die 2022 starten soll. **Region** *Kommentar rechts*

Bild: Hanspeter Bärtschi